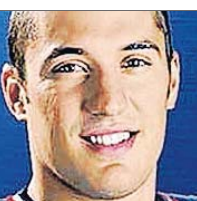




# LANGENTHALER TAGBLATT

www.langenthalertagblatt.ch



## Sport Die ZCS Lions verpassen die Halbfinals

Der Klotener Victor Stancescu schießt das entscheidende 3:2. **Seite 12**



## Rundschau Berner erhält erste Stelle als Pfarrerin

Evelyn Kehrli aus Bern wird zur neuen Pfarrerin in Wangen a/A gewählt. **Seite 24**

## Inland Nicole Berchtold moderiert die Promiwelt

In der az-Serie «SF unter Beobachtung» gehts heute um Glanz & Gloria. **Seite 4**

# 28 Rappen mehr für Benzin

### Klimapolitik Ständerat will den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 20 Prozent senken

VON GIERI CAVELTY UND CHARLOTTE WALSER

Die Schweiz soll ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss senken. Nach dem Nationalrat hat sich gestern Dienstag auch der Ständerat für eine Reduktion um 20 Prozent des Treibhausgases bis ins Jahr 2020 ausgesprochen – und zwar «ohne Kompensation im Ausland», wie in der Debatte immer wieder betont wurde.

Tatsächlich aber dürften Schweizer Firmen auch bei einer angeblich 100-prozentigen Inlandkompensation weiterhin im Ausland CO<sub>2</sub> kom-

pensieren. Das klingt widersprüchlich, wird der az beim Bundesamt für Umwelt jedoch bestätigt: «Die Schweiz möchte beim EU-internen Handel mit Emissionszertifikaten mittun», sagt ein Sprecher des Bundesamtes. Der Kauf solcher Zertifikate erlaubte es einer Firma, zusätzlich CO<sub>2</sub> auszustossen. Und, so der Sprecher: «Die EU-Zertifikate sind als Inlandmassnahmen anzuerkennen.»

Anders als der Nationalrat stimmte der Ständerat einer wichtigen Massnahme zu, um die Klimapolitik griffiger zu machen. So soll der Bun-

desrat eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe einführen dürfen. Der Zuschlag dürfte dabei 28 Rappen bei Benzin und 31 Rappen bei Diesel betragen. Der Nationalrat war gegen diese Abgabe.

Zurückhaltung übte der Ständerat bei der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Heizöl: Eine Erhöhung der Abgabe lehnte er ab. Der Rat ging gar hinter das geltende Recht zurück, das dem Bundesrat eine Erhöhung der Abgabe auf bis zu 210 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> erlaubt. Der Ständerat möchte einen Höchst-satz von 120 Franken. **Seite 3**

## Diesmal sind es 304 Millionen

Der Kanton Bern hat im vergangenen Jahr dank Sparmassnahmen eine Neuverschuldung verhindern können. Die Freude über den positiven Rechnungsabschluss dürfte wegen der trüben Aussichten aber nicht lange anhalten. Der Finanzierungüberschuss beträgt für 2010 rund 165 Millionen. Franken, wie Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) gestern mitteilte. Budgetiert waren 5 Millionen Franken gewesen. Die laufende Rechnung, also ohne Finanzierung der Investitionen, schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 304 Millionen Franken ab und liegt damit 180 Millionen über dem Voranschlag. (SDA) **Kommentar rechts, Seite 21**

## Kommentar von Bruno Utz



### Schluss mit Schwarzpeter

Die erfreuliche Rechnung 2010 ist Geschichte. Der Gewinn von 300 Millionen Franken in der laufenden Rechnung ist durchaus als gutes Zeugnis für den Regierungsrat zu werten: Hätte dieser 2009 nicht zusätzlich die Sparschraube angezogen, so wäre die Schuldenbremse für die Investitionsrechnung verletzt worden. Mit fatalen Folgen: Der Fehlbetrag müsste gemäss Verfassung in den nächsten vier Jahren kompensiert werden.

Damit ist jedoch genug gelobt. Angesichts des Bilanzfehlbetrages von 1,9 Milliarden Franken und der Schulden von 6,350 Milliarden wäre es klüger, den Finanzierungüberschuss 2010 dort zu verwenden, statt den grössten Teil des Geldes für künftige Investitionen zu reservieren. Der Grosse Rat tut gut daran, den Regierungsantrag abzulehnen.

Unverständlich ist auch die Geheimnistuerei der Regierung in Sachen Entlastungspaket. Die derzeitige finanzpolitische Ausgangslage ist nämlich tatsächlich nicht rosig. Ab dem Jahr 2012 stehen Ertragsausfälle und Mehrausgaben im Umfang von insgesamt 800 bis 1000 Millionen Franken an. Und laut Angaben der Finanzverwaltung gibt die heute absehbare Entwicklung der Steuererträge Anlass zu grosser Sorge. In dieser Situation ist Öffentlichkeit besser, als im stillen Kämmerlein von Regierung und Verwaltung nach Entlastungsmöglichkeiten zu suchen.

In der Pflicht steht schliesslich auch der Grosse Rat. Das Schwarzpeterspielen mit der Regierung, wenn es ums Sparen geht, muss ein Ende haben. Es geht nicht an, dauernd nach einem schlanken Staat zu rufen und bei konkreten Abbauvorschlägen abseitszustehen.

bruno.utz@azmedien.ch



## Drei steinerne Eidgenossen und acht saudi-arabische Parlamentarier

Eine Delegation des saudi-arabischen Parlaments unter Leitung seines Präsidenten Abdullah bin Mohammed bin Ibrahim Al Sheikh hat auf Einladung von Nationalratspräsident

Jean-René Germanier dem Bundesparlament in Bern einen dreitägigen Besuch abgestattet. Gestern verfolgte die Delegation die Nationalratsdebatte zum Aussenwirtschaftsbericht. Es

handelte sich um einen Gegenbesuch: 2007 hatte eine Schweizer Delegation unter Leitung von Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi das saudische Parlament besucht. (AZ)

## Langenthaler stören sich an Öffnungszeiten des «à la cArte»

Das «à la cArte» schliesst unter der Woche am Abend, und auch am Sonntag gibts dort kein Kaffee. Daran stören sich einige Langenthalerinnen und Langenthaler, sodass FDP-Stadtrat Urs Zurlinden sich berufen fühlte, für andere, seiner Ansicht nach publikumsfreundlichere Öffnungszeiten des Bistros Politik zu machen. Legitimation erfährt er durch den Um-

stand, dass die Räumlichkeiten der Stadt gehören, die diese der Wirtin des «à la cArte» vermietet. Diese führt seit 13 Jahren das Restaurant mit grossem Erfolg. Solange sie diese Räumlichkeiten von der Stadt zur Verfügung erhält und dort wirten kann, will sie die Öffnungszeiten nicht ändern, weil Versuche vor Jahren nicht fruchteten. (UBY) **Seite 23**

## Der oberste Vertreter der Juden ist gegen ein Burkaverbot

Herbert Winter sorgt sich um das religiöse Klima in der Schweiz: Heute Dienstag debattiert der Ständerat mit dem Burkaverbot eine Standesinitiative des Kantons Aargau. Der Präsident des Israelitischen Gemeindebundes befürchtet, dass bald auch ein Kippaverbot diskutiert wird. «Die Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten hat abgenommen.» Der oberste Ver-

treter der Juden in der Schweiz nimmt eine Stimmung im Volk wahr, die das vermeintlich typische Schweizerische betont und Abweichungen davon nicht akzeptiert. Er spricht sich klar gegen ein Burkaverbot aus. «Wir leben hierzulande in einem liberalen Rechtsstaat und jeder sollte tragen können, was er möchte.» (FAM) **Seite 4**

**Gesagt**

**«Er ist nicht einer, der am Donnerstagabend geht und erst am Montag wiederkommt.»**

EDGAR OEHLER (69), abtretender AFG-Chef, über seinen Nachfolger Daniel Frutig. **Seite 7**

**REGION**

**IG öffentlicher Verkehr will Benutzer Gehör verschaffen**

Morgen Donnerstag vergibt die Regionale Verkehrskonferenz Oberaargau den neuen Auftrag für das Angebotskonzept. Vor dieser Vergabe äussert die Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Kritik. Es dürften nicht nur betriebswirtschaftliche Kriterien zählen. (JOH) **Seite 25**

**Syrische Familie Hassu erhält Unterstützung von Politikern**

In der Fragestunde im Nationalrat beschäftigten sich vier rechte Politiker mit der syrischen Familie Hassu, die vom Islam zum Christentum konvertiert hat. Sie fordern vom Bundesrat, dass der Familie Asyl gewährt wird. Wegen ihrer Konvertierung sei sie in Syrien gefährdet. (AMA) **Seite 24**

**HEUTE IN DER ZEITUNG**

Börse	Seite 8
Regionalsport	Seiten 14/15
Fasnachtsbeilage	Seiten 27–30
TV/Radio	Seite 31
Todesanzeigen	Seite 36
Agenda	Seite 38
Wetter	Seite 39
Kreuzworträtsel	Seite 39
In Memoriam	Seite 39
Gratulationen	Seite 39
Leserbriefe	Seite 40



**Appetit auf Bücher?**

Kochbücher aus dem AT Verlag

**AT VERLAG**  
www.at-verlag.ch